

Interview mit Radio Lohro am 4. März 2021:

Vor zehn Jahren ereignete sich in der japanischen Küstenstadt Fukushima eine Reaktorkatastrophe, die durch einen Tsunami ausgelöst wurde. Noch heute sind weite Teile um das havarierte Atomkraftwerk so stark verstrahlt, so dass die Bevölkerung nicht in diese Gebiete zurückkehren kann. Mit der Mitarbeiterin des BUND Susanne Schumacher sprach unser Redakteur Thomas über dieses Reaktorunglück.

Wie ist die derzeitige Lage in Fukushima?

Damals mussten 165.000 Menschen das Gebiet verlassen. Das Sperrgebiet sollte aus gesundheitlichen Gründen absehbar nicht mehr besiedelt werden. Wenn es nach der japanischen Regierung geht, sollen so viele Menschen wie möglich zurückkehren - Normalität vortäuschen. Tausende Arbeiter haben Erde abgetragen, Laub eingesammelt und belastetes Gras abgemäht, Häuserfassaden, Dächer und Straßen gewaschen. Die Wiesen und Wälder drumherum sind es aber nicht. D.h. von hier können radioaktive Partikel durch Sturm und Regen immer wieder gesäuberte Ortschaften kontaminieren. Der Super-GAU bedeutet bis heute Verlust von Heimat, Krebserkrankungen, mehr als eine Million m³ radioaktiv belastetes Wasser und Millionen m³ in Plastiksäcken verpackter Atommüll auf mehr als 50.000 Mülldeponien.

Täglich kommen durch einsickerndes Grundwasser und die benötigte Kühlung des Kernbrennstoffs 400 t hochradioaktiv verseuchtes Wasser hinzu. Für die Bergung der Kernschmelze existiert bis heute keine Technologie.

Schilddrüsenkrebserkrankungen sind unter anderem bei Kindern in den verstrahlten Gebieten sehr hoch und nachgewiesen.

Welche Krankheiten kann die erhöhte Strahlung außerdem hervorrufen?

Die radioaktive Strahlung ist extrem gesundheitsschädlich: schon das Einatmen kleinster Mengen Plutonium kann zu Lungenkrebs führen. Gelangt Strontium-90, ein weiterer Bestandteil, in unseren Körper, wird dieser aufgrund seiner Ähnlichkeit zu Calcium in die Knochen und das Knochenmark eingebaut - und kann so zu Knochentumoren und Leukämie führen.

Auch zehn Jahre nach dem Gau müssen die geschmolzenen Teile des Reaktors gekühlt werden.

Was passiert mit dem verstrahlten Wasser?

Medienberichten zufolge plant die japanische Regierung, mehr als eine Million Tonnen radioaktiv verseuchtes Wasser einfach ins Meer zu leiten. Die offizielle Begründung ist die begrenzte Lagerkapazitäten in den Tanks. Die Folgen für die Umwelt sind aber unabsehbar! Dieses Wasser enthält z.B. das eben erwähnte Strontium-90 und noch viele andere gefährliche Radionuklide. Die Bevölkerung, Umwelt- und Fischereiverbände, auch die Anrainerstaaten wie Südkorea und China kritisieren das Vorhaben, an dem bis jetzt aber festgehalten wird. Denn das ist natürlich die billigste und bequemste Variante, das kontaminierte Wasser loszuwerden.

Greenpeace hat die offizielle Begründung als bewusste Fehlinformation aufgedeckt, da natürlich noch mehr Tanks bereitgestellt werden könnten und nach anderen Lösungen gesucht werden könnte. Auch bei der Wasseraufbereitung wurde aus finanziellen Gründen gespart. Viele gefährliche Stoffe konnten überhaupt nicht herausgefiltert werden.

Was passiert mit den verstrahlten Reaktorteilen und der kontaminierten Erde?

Die Reaktorteile werden teils mit Robotern, teils mit Arbeitern geborgen und zwischengelagert. Auch die Erde wird abgegraben und in vielen Millionen Plastiksäcken gelagert. So entstehen unzählige Zwischenlager mit Atommüll.

Kann die Energienutzung aus Atomkraft die Klimakrise verschärfen?

Ja. AKW sind unflexibel, sie können nicht, wie z.B. moderne Gas-Kraftwerke nach Bedarf rauf- und runtergefahren werden. Der permanent eingespeiste Atomstrom verstopft dadurch die Netze für sauberen Strom aus erneuerbaren Quellen.

Zudem ist die Atomenergie nicht CO₂ frei. Das Öko-Institut hat errechnet, dass in Deutschland pro kWh Atomstrom 32 g CO₂ produziert werden: durch Abbau des Uranerzes, Urananreicherung und Anlagenbau.

Der Atomausstieg in Deutschland bis 2022 ist beschlossene Sache. Kann dieser Zeitplan eingehalten werden und wer trägt die Kosten, wenn es noch nicht einmal ein sicheres Endlager für den Atommüll gibt?

Dieser Zeitplan muss eingehalten werden! Schwere Unfälle sind auch bei unseren AKW jederzeit möglich und der Katastrophenschutz, z.B. bei einem Flugzeugabsturz, ist mangelhaft. Die Liste der Störfälle und kleineren Unfälle ist lang. Der Rückbau wird rund 10-15 Jahr pro AKW in Anspruch nehmen! Allein bis die Brennelemente im Abklingbecken so weit heruntergekühlt sind, dass sie in Castorbehälter verpackt und in ein Zwischenlager gebracht werden können, vergehen rund fünf Jahre. Der Atommüll ist ein Erbe von unvorstellbar langer Zeit!

Die Kosten des Atomausstiegs und der Atommülllagerung sollten die Konzerne zahlen, schließlich zahlen wir auch für unseren Müll! Doch die Realität sieht anders aus.

Letztendlich haben die Konzerne knapp 24 Milliarden Euro in einen öffentlich-rechtlichen Fonds eingezahlt und konnten sich von der weiteren Haftung freikaufen. Davon abgezogen werden müssen aber noch 7 Mrd. wegen Schadensersatzforderungen, weitere könnten folgen.

So reichen die in den Fonds eingezahlten Gelder bei weitem nicht aus, die Kosten zu begleichen, die heute auf rund 169 Milliarden Euro bis zum Jahr 2100 geschätzt werden. Mehrkosten die der Staat, also die Steuerzahler tragen.

Keine Industrienation, erst recht kein anderes Land hat ein sicheres Endlager. Es wird derzeit nur zwischengelagert, meist oberirdisch. In MV z.B. in Lubmin. Atomkraft war und ist unverantwortlich!

Seit Herbst 2017 läuft das neue Suchverfahren für ein Lager für hochradioaktive Abfälle. Bis die letzten deutschen Atomkraftwerke 2022 vom Netz gehen, werden 30.000 Kubikmeter hochradioaktiver und über 600.000 Kubikmeter schwach und mittelradioaktiver Müll angefallen sein, für die ein Lager benötigt wird. Auch hier muss Sicherheit oberste Priorität haben. Hochradioaktiver Abfall ist waffenfähig und wird im Laufe der Halbwertszeit noch waffenfähiger. Das Material darf niemals in falsche Hände geraten. Der BUND fordert eine Auswahl von Standorten nach wissenschaftlichen Kriterien und nicht politisch motiviert festzulegen. Das Verfahren muss transparent und unter stetiger Bürgerbeteiligung laufen.

Im Gegensatz zu Deutschland werden in Polen Atomkraftwerke neu geplant. Kann unser Nachbarland nicht auf ökologischere Arten der Energiegewinnung setzen?

Natürlich! Polen kann aufgrund seiner günstigen Lage mit einer langen Küstenlinie und Küstengewässern gut auf erneuerbare Energien setzen. An der Küste und auf dem Wasser weht immer Wind, offshore WEA z.B. können so mit rund 4000 Vollaststunden relativ kontinuierlich sauberen Strom liefern. Die Stromgestehungskosten der erneuerbaren Energien reduzieren sich zudem immer mehr und konkurrieren mittlerweile mit den von Braun- und Steinkohle. Große PV-Dachanlagen, Freiflächenanlagen oder WEA produzieren mittlerweile zwischen 4 und 8 ct/kWh. Braunkohle liegt bei 4–8 ct/kWh, Steinkohle gar bei 6–10 kWh ct/kWh. Würde man die Umweltkosten noch einberechnen, wären die erneuerbaren auch finanziell konkurrenzlos. Atomstrom dagegen wird durch die hohen Sicherheitsanforderungen und dem Ressourcenabbau immer teurer werden. Kosten sind kein Argument.

Was wäre die nachhaltige Alternative zu Atomstrom?

Zunächst einmal ist Energiesparen die beste Alternative. Rund die Hälfte der Energiewende kann so gestemmt werden. Den Energiebedarf bis 2050 zu halbieren, entspricht z.B. auch den Zielen der Bundesregierung. Deutschland hat einen Stromverbrauch von rund 500 TWh/a. Gespart werden muss in der Industrie und im Handel, z.B. durch effiziente Techniken und Energiemanagementsysteme, und gespart werden muss im Haushalt, hier ebenfalls über effiziente Geräte und entsprechendes Verhalten. Der Verkehr darf nicht 1:1 auf erneuerbare Antriebe umgestellt werden,

sondern muss wirksam reduziert werden. Das geht mit einem attraktiven ÖPNV und einer Stadtplanung, die Rad- und Fußgängerverkehr bevorzugt.

Parallel dazu müssen die Erneuerbaren in Verbindung mit Speicherkapazitäten ausgebaut werden, z.B. die Solarenergie. Nur 5% unserer Gebäudehüllen werden derzeit für die Erzeugung von Solarenergie genutzt. Allein hier schlummert ein Potenzial von 400-700 TWh/a. Auch die teilweise Überdachung von Parkplätzen oder Straßen und Schienen für die Photovoltaik bietet Potenzial oder die sog. Agri-PV, d.h. die gleichzeitige Nutzung von Ackerflächen für die Landwirtschaft und Photovoltaik. Auch schwimmende PV auf z.B. gefluteten Braunkohlegruben ist denkbar.

Gibt es anlässlich des traurigen Jubiläums von Fukushima ein Gedenken und wo beziehungsweise wann findet dieses statt?

Der BUND Deutschland bot am 4. März einen interessanten Online-Fotovortrag mit einem japanischen Fotografen und einem Vertreter von FOE Japan zur aktuellen Situation vor Ort. An der Dokumentation wird noch gearbeitet.

Wir als BUND MV und BUND Rostock stellen uns direkt am Gedenktag, am 11. März mit einem Aktionsstand auf den Rostocker Uniplatz und informieren dort über die Gefahren und die ungelösten Probleme der Atomenergie, klären aber auch über die Möglichkeiten Energie zu sparen und die Vorteile der erneuerbaren Energien auf.

Eigentlich basteln wir für den Aktionstag immer kleine Keks-Atomkraftwerke und bieten sie den Passanten zum Vernaschen an, das geht dieses Jahr leider nicht.

Quellen:

- [Atomkraft: Nein danke! Energiewende statt AKW – BUND e.V.](#)
- [Garantiert unsicher | Greenpeace](#)
- [THG-Emissionen Strom AKW \(oeko.de\)](#)
- [Atomausstieg: Atomausstieg immer teurer | ZEIT ONLINE](#)
- [www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/DE2018_ISE_Studie_Stromgestehungskosten_Erneuerbare_Energien.pdf](#)
- [Stromverbrauch | Umweltbundesamt](#)
- [Aktuelle Fakten zur Photovoltaik in Deutschland \(fossilfreeka.de\)](#)